

Antje Vollmer im Gespräch mit Studierenden der NRW School of Governance.



WISSENSCHAFT

Konfliktreduzierung als Aufgabe der Politik

Mercator-Gastprofessorin Antje Vollmer über die Vermittlung ihrer Erfahrungen als Politikerin an die Studierenden der NRW School of Governance

Im Sommersemester 2009 hat die ehemalige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und langjährige Abgeordnete Antje Vollmer die „Gastprofessur für Politikmanagement der Stiftung Mercator“ an der NRW School of Governance inne. Vorrangige Intention der Gastprofessur ist es, das Lehrangebot sowohl durch Gastwissenschaftler als auch durch erwiesene Kenner der politischen Praxis zu erweitern.

ZUR PERSON



Dr. Antje Vollmer, Politikerin der Grünen, langjährige Bundestagsabgeordnete und Publizistin, war zwischen 1994 und 2005 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags. Nach Initiativen unter anderem für einen Dialog mit Terroristen der RAF, eine deutsch-tschechische Versöhnungserklärung, eine Vermittlung im China-Tibet-Konflikt, den deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialog und eine Reform des Stiftungsrechts ist sie zurzeit vor allem als Moderatorin des Runden Tisches zur Aufarbeitung der Heimerziehung der 1950er und 1960er Jahre in Deutschland aktiv.

51°: Frau Vollmer, wie beurteilen Sie den Ansatz der NRW School of Governance, ihr Lehrangebot durch Veranstaltungen von Gastprofessoren aus der politischen Praxis zu erweitern – was können die Studierenden von einer erfahrenen Politikerin wie Ihnen lernen?

Vollmer: Das Schwierigste beim Versuch, Verständnis für Politik zu entwickeln, ist nicht, sich Inhalte und Kenntnisse anzueignen – das kann man auch über zeitgeschichtliche oder historische Studien –, sondern die Methode zu verstehen. In der Politik geht es nicht nur um gute Ziele, sondern auch darum, Mehrheiten zu schaffen, und dafür braucht man Erfahrung. Im ersten Überschwang glaubt man vielleicht, Gutes würde sich von allein durchsetzen. Stattdessen braucht man Methodenwissen, muss die Haltung unterschiedlicher Akteure berücksichtigen, nur dann hat man Erfolg.

Ihre Veranstaltungen im Rahmen der Gastprofessur werden sich mit Themen beschäftigen, die höchst konfliktträchtig sind oder waren: dem Dialog mit den RAF-Terroristen, der China-Tibet-Debatte, dem Rechtsstaatsdialog mit China und der deutsch-tschechischen Verständigung. Hat die Auswahl dieser Themen, die ja Felder betreffen, auf denen Sie seit langem aktiv sind, auch etwas mit diesem Ansatz zu tun?

Ich vermute, dass ich deswegen gefragt worden bin. Ich habe mich in meiner Laufbahn ja weniger mit Themen beschäftigt, die von tagespoli-

tischer Aktualität waren, sondern mit langfristigen Projekten. Häufig war der Ausgangspunkt die generelle Befürchtung, man könne es gar nicht schaffen, hier etwas zu bewegen. Es waren kontroverse Themen, bei denen viele Hintergrundgespräche nötig waren, um die Bereitschaft zu einer Lösung erst einmal zu erzeugen. Man muss in solchen Feldern zunächst die Motivationslage möglicher Akteure erkunden, muss offen sein, um ihre Situation zu begreifen und die Position, die sie zurzeit einnehmen, und um dann auch zu sehen, wie und in welcher Form man etwas verändern könnte. Kritisch war das besonders beim Dialog mit den RAF-Terroristen, nicht nur weil das ein Trauma in der Geschichte der Bundesrepublik war, sondern auch, weil das ein besonders umstrittenes Thema war, ein Bereich, in dem auch deutlich wurde, dass die Medien ein eigener Akteur im politischen Diskurs sind.

Ist für Sie das Handeln in solchen konfliktträchtigen Feldern allgemein die Aufgabe von Politik oder sehen Sie das als Ihren persönlichen Ansatz?

Ich sehe die Aufgabe von Politik allgemein in der Gewalt- und Konfliktreduzierung. Dazu braucht man eine Intuition für potentielle Eskalation. Das gilt für alle Politikfelder, ob das die Außenpolitik ist, wo sich zum Beispiel mit China und Tibet eine große und eine kleine Nation gegenüberstehen, oder etwa die Sozialpolitik. Ein guter Politiker kann man auch da nur sein, wenn man eine Ahnung dafür entwickelt, welche Auswirkungen politische Entscheidungen auf verschiedene soziale Schichten haben. Man muss das Leben kennen, nicht nur aus Zeitungen und Büchern.

Ein weiteres Seminar wird sich der Erneuerung des deutschen Stiftungsrechts widmen. Was waren die Beweggründe für die Grünen, Ende der 1990er Jahre eine Gesetzesinitiative zur Förderung des Stiftungswesens einzubringen?

Am Anfang stand, dass gerade von den Grünen dazu keine Initiative erwartet wurde! Stiftungen waren etwas, das den oberen Zehntausend zugeschrieben wurde, sie gehörten gesellschaftlich in einen Bereich, dem viele misstrauten. In einer Zeit, in der der Staat sich nicht mehr um alles kümmern kann und in der zugleich seit dem Zweiten Weltkrieg Vermögen bis in die mittleren Schichten aufgebaut werden konnte, mussten wir die Bürgergesellschaft selbst dazu bewegen, die Aufgaben des Gemeinwesens als ihre eigene Aufgabe anzusehen. Die Erfahrungen, die Bildung, die Weltläufigkeit dieser Schichten sollten wachgerufen und die bürokratischen Hindernisse abgebaut werden. Und das passte dann doch wieder zu Grünem Denken, dass nicht alles Heil vom Staat kommen kann, dass das kreative Potenzial aller Bürger gefragt ist. Menschen, die der Gesellschaft viel verdanken, wollen ihr auch etwas zurückgeben. Mit der Reform des Stiftungsrechts, die schließlich umgesetzt werden konnte, ist das nun deutlich einfacher und populärer geworden.

www.stiftung-mercator.de/wissenschaft

